

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Was wir uns nicht mehr leisten können

„Der Friedensbeitrag der Christen“ ist der Titel eines außerordentlich bedeutsamen Aufsatzes von *Helmut Gollwitzer* in den protestantischen Monatsheften *Junge Kirche* (12/1960). Nachdem Professor Gollwitzer den Standort des Christen in der Friedensfrage eingehend untersucht und dargestellt hat, kommt er zu einer knappen Zusammenfassung dessen, „was wir uns unter der Katastrophendrohung, unter der wir stehen, nicht mehr leisten können“:

„1. Wir können uns nicht mehr leisten, die Kostbarkeit eines günstigen Klimas, eines günstigen Augenblicks zu verpassen in der frevelhaften Meinung, was heute gehe, das gehe auch morgen noch; der Geist von Genf (1955), vom Camp David läßt sich nicht ein halbes Jahr lang auf Flaschen ziehen.

2. Wir können uns nicht mehr leisten, bei Verhandlungen zu warten, bis ein Text erarbeitet ist, der in Perfektion alle unsere Wünsche erfüllt; wir müssen Ansätze, aus denen mehr werden kann, für besser halten als das ‚Alles oder Nichts‘.

3. Wir können es uns nicht mehr leisten, bei internationalen Krisen uns selbst zu befrie-

digen, indem wir, die Schuld der Gegenseite beweisen. Wem dieser Nachweis eine Befriedigung ist, der zeigt, wie tief er unter dem Niveau und dem Ernst der heutigen Situation steht.

4. Wir können es uns nicht leisten, die heute fällige internationale Vereinbarung über Achtung und Kontrolle der Atomwaffen aufzuschieben; denn morgen wird sie, wenn diese Waffen im Besitz vieler Staaten sind, unmöglich sein.

5. Wir können uns nicht leisten, diese Vereinbarung über die Atomwaffen aufzuschieben, weil wir nur durch sie das Aufkommen noch schrecklicherer und noch schwerer zu kontrollierender Vernichtungsmittel einigermaßen verhindern können.

6. Wir können uns den kalten Krieg nicht mehr leisten, wenn wir uns den heißen nicht mehr leisten können. Wir können uns den Pharisäismus nicht mehr leisten, der nur sich selbst anständige Motive, Weisheit und Mäßigung zutraut, der Gegenseite aber nur Heuchelei, hybride Zielsetzungen, Unvernunft und Heimtücke. Wir können uns, da wir nun endgültig in einem Boot sitzen, nicht mehr leisten zu meinen, mit Kommunisten bzw. mit Monopolisten könne man nicht reden, geschweige denn stabile Verträge abschließen . . .“

Gollwitzer setzt sich dann mit Einwänden auseinander, die auch in christlichen Synoden gegen seinen Punkt 6 erhoben wurden; er weist sie zurück, „weil sie verkennen, daß das ‚atomare Gleichgewicht‘ nicht ein Zustand ist, den beide Seiten anerkennen und auf den beide Seiten sich beschränken, sondern ein Zustand, den jede Seite dynamisch zu ihren Gunsten verändern möchte — also ein äußerst labiler Durchgangszustand, auf den man kein Vertrauen setzen darf“.

In dieser ständig labilen, von der Vernichtungskatastrophe bedrohten Situation erwachsen dem Christen (und natürlich nicht nur dem ‚Christen‘) Verpflichtungen, zu denen Gollwitzer u. a. sagt:

„1. Wir müssen unter uns Christen Klarheit darüber scharfen, daß die Beteiligung an einem Atomkrieg mit dem uns aufgetragenen christlichen Zeugnis schlechthin unverträglich ist... Es kann keine Frage sein, daß Beteiligung an atomarer Kriegführung unvereinbar ist mit dem christlichen Zeugnis. Weil das unter uns leider noch unklar ist, müssen wir Klarheit schaffen.

2. Wir dürfen uns nicht trennen lassen, weder durch Ländergrenzen noch durch Konfessionsgrenzen noch durch den sogenannten Eisernen Vorhang; wir müssen beieinander bleiben. Erfüllung dieser ökumenischen Pflicht ist unmittelbar ein Beitrag zur friedlichen Koexistenz. Denn sie durchkreuzt die Klischeevorstellungen des kalten Krieges . . . Solche Klischees sind, ob man das will oder

nicht, Kriegsvorbereitung. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß die Gefahr des Getrenntwerdens nicht nur von außen kommt, von den Behörden und von den Diffamierungen, denen alle Grenzgänger heute vielfach ausgesetzt sind, sondern mindestens ebenso von innen, aus der Entfremdung, weil wir uns zuwenig sehen und aussprechen können, weil die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Systeme das Verstehen erschwert, weil wir die andersartigen Loyalitäten, in denen die Brüder auf der anderen Seite stehen, nicht genügend würdigen.

3. Wir müssen die Klischees, die die Propaganda des kalten Krieges ständig von den Menschen und von den Verhältnissen auf der anderen Seite erzeugt, durchkreuzen . . . Christliche Presse, die der Hetze dient, ist auf beiden Seiten eine Schändung des Evangeliums. Schon zu diesem Nicht-Mitmachen gehört heute vielfach Mut.

4. Unbequem müssen wir werden, auch dadurch, daß wir genau das betreiben, was der Pharisäismus versäumt und scheut: das Kehren vor der eigenen Tür, das Fragen nach der Schuld, die unsere eigene Seite an einer Krise, an einem bösen Zwischenfall im internationalen Leben hat. Beginnt christliches Leben mit der eigenen Buße, so muß sich das auch im politischen Leben des Christen auswirken. Wir werden also je in unserem eigenen Lager die selbstkritischen Stimmen sein müssen, über deren Vorhandensein im anderen Lager man sich gewöhnlich außerordentlich freut.

5. Wir müssen uns nüchtern darüber klar sein, daß das, was wir ‚Erhaltung des Friedens‘ nennen, heute nicht mehr ist als die Verhinderung des heißen Krieges. Auf sie kommt es allerdings entscheidend an.“

An einer anderen Stelle seines großen Aufsatzes bemerkt Gollwitzer: „Demokratische Kontrolle von unten nach oben scheint mehr und mehr eine Illusion zu sein, statt dessen verbreitet sich die Meinungskontrolle und Meinungsbildung von oben nach unten.“ Dafür wird im gleichen Heft von *Junge Kirche* ein erschütterndes Beispiel geliefert. Es wird dort der Text eines Vortrages veröffentlicht, den der französische Protestant *Georges Casalis* am 31. Oktober 1960 anlässlich des Reformationsfestes unter dem Titel „Fragen an die evangelische Christenheit in Deutschland“ über den *Westdeutschen Rundfunk* halten durfte. Halten durfte? Ja, nach einer Reihe von Korrekturen, die ihm auferlegt wurden! Was er im WDR nicht sagen durfte, ist nun in „Junge Kirche“ in Fußnoten nachzulesen. Wenn er z. B. „das große Risiko der Wiederaufrüstung“ erwähnt, muß er die Worte „bis in seine letzten atomaren Konsequenzen“ streichen. „Selbstverständlich“ durfte er die überall außerhalb der Bundesrepublik gebräuchliche Bezeichnung DDR nicht verwenden und

„natürlich“ mußte ein Satz wie der folgende gestrichen werden: „Muß man den Brüdern jenseits des Eisernen Vorhanges für immer das Leben erschweren, indem man duldet, daß nach zwölf Jahren der Staat, innerhalb dessen sie ihr schwieriges Leben führen, immer noch nicht anerkannt wurde?“ All das durfte ein angesehenes ausländischer Gast, der ja nur in eigener Verantwortung sprach, nicht sagen! Soviel zum Thema „Meinungsfreiheit“ am Rundfunk. Soweit sind wir also schon wieder. Aber noch können wir uns dagegen zur Wehr setzen!

Als Ergänzung zu dem Aufsatz von Prof. Gollwitzer empfiehlt sich die Lektüre der Monatsschrift *Atom-Zeitalter* (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt). Wir müssen uns hier damit begnügen, einige Sätze aus einem in Heft 11/12 veröffentlichten Vortrag zu zitieren, den Dr. *Eckart Heimendahl*, Mitarbeiter von Prof. C. F. von Weizsäcker, bei einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Hamburg vor einem Kreis von Offizieren und Soldaten über das Thema „Der Soldat im Atomzeitalter“ gehalten hat: „Der Frieden ist immer bedroht. Aber noch nie war der Krieg ernstlich als Mittel der Politik bedroht. . . Unsere technischen Waffensysteme heben die klassischen Regeln des Krieges auf, stellen den Erfolg des Machtkampfes mit Waffengewalt in Frage, machen die Kriegsethik, die soldatische Ehre, den Zweck mit geeigneten Mitteln Recht und Freiheit, Volk und Heimat, Kultur und Glauben zu verteidigen, unglaubwürdig.“

Gewerkschaftspolitische Diskussion

Zur Frage der organisatorischen Stärkung des DGB veröffentlicht die *Gewerkschaftliche Umschau* (Zeitschrift für den Funktionär der IG Chemie, Papier, Keramik), die *Helmut Wickel* sehr lebendig redigiert, in Nr. 6 ihres vierten Jahrgangs zwei sehr lesenswerte Beiträge, aus denen wir hier nur ein paar charakteristische Absätze zitieren können. *Ewald Bergk* stellt in seinem Aufsatz „Stärkung des DGB — aber wie?“ die Frage „Wo liegen die Gründe für das Unbehagen?“ und antwortet darauf u. a. mit folgender Bemerkung:

„Es fehlt der klare politische Kurs, der vom einfachen Mitglied verstanden und akzeptiert werden kann. Es besteht ein Mangel an Führungspersonlichkeiten, die es verhindern könnten, daß das Prestige und das Ansehen der Gewerkschaften schwinden. Es fehlen die Entscheidungsfreudigkeit und der Wille zur Durchsetzung konkret gesetzter Ziele. Der Egoismus der Einzelgewerkschaften steht über dem gesamtgewerkschaftlichen Denken.“

In einem späteren Kapitel seiner Abhandlung erklärt Bergk: „Wir werden gezwungen sein, uns der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, der Konzentration der Gegen-

seite, z. B. auch der soziologischen Umschichtung der Beschäftigten, also der im Fluß befindlichen Struktur der Gesellschaft und Wirtschaft immer wieder aufs neue anzupassen, was aber nicht durch eine einmalige Satzungsänderung oder eine Umwandlung der Organisationsform erreicht werden kann, sondern lediglich dadurch, daß man das *Verhalten* ändert.“

Abschließend kommt Bergk zu folgendem Fazit: „Die Stuttgarter Kongreßbeschlüsse so zu betrachten, als ob lediglich eine Satzungsänderung notwendig wäre, den DGB und damit die gewerkschaftliche Organisation zu stärken, ist falsch. Es ist auch zweifelhaft, daß durch eine Änderung der DGB-Satzung oder auch durch eine Änderung der Organisationsform unter Beibehaltung des föderalistischen Aufbaus eine Besserung der Zusammenarbeit des DGB und der Gewerkschaften einerseits und der Gewerkschaften untereinander andererseits erreicht werden kann. Durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden, die Anwendung moderner Bürotechnik und den Einsatz technischer Hilfsmittel werden Administrierungswucherungen verhindert und Kräfte für die eigentliche Betreuungsarbeit, für den ‚Dienst am Mitglied‘, frei. Die Werbung und die Öffentlichkeitsarbeit auf eine andere Grundlage gestellt, werden die Wirkung nicht verfehlen. Diese Bemühungen sind ein Teil der *Mittel*, nicht aber das *Ziel* des Mühens um eine stärkere Gewerkschaftsbewegung. Man wird erfolgreich sein, wenn sich gesamtgewerkschaftliches Denken durchsetzt, die Zielsetzungen konkretisiert werden und der Wille vorhanden ist, Entscheidungen zu treffen und Beschlüsse durchzusetzen.“

Eine vortreffliche Ergänzung bietet der anschließend veröffentlichte Aufsatz, in dem *Rudi Iffland* unter dem Titel „Die Misere der gewerkschaftlichen Werbung“ sehr eingehend und konkret die bisherigen Versäumnisse darstellt und danach Vorschläge für eine bessere Öffentlichkeitswerbung, Mitgliederwerbung und Bestandspflege und Information der Mitglieder unterbreitet; einer seiner Vorschläge zielt auf die Schaffung eines gewerkschaftlichen Instituts für Werbung und Information (IWI). Dabei ist sich der Verfasser durchaus darüber klar, daß Werbung nur in Verbindung mit richtigem Handeln wirkungsvoll sein kann. Wir zitieren die Schlußsätze seiner Arbeit:

„Aber Werbung ist nicht nur Technik, sie ist in erster Linie Ausdruck einer geistigen Haltung. Wir wollen deshalb keinen falschen Zauber, keine faulen Tricks, keine Rattenfängerrei, sondern aufrichtiges, faires Umwerben. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn die Gewerkschaften mit diesen Grundsätzen nicht auch in einer Massengesellschaft einer guten Sache zum Durchbruch verhelfen könnten. Eine gute Sache mit einer guten Propaganda — das ist eine unschlagbare Allianz.“ *W. F.*